

**LEBEN** 21.11.2018

## 24-Stunden-Betreuung: Kritik an den Agenturen



© Bild: Kurier/Gerhard Deutsch

# Der Verein für Konsumenteninformation deckt erneut zahlreiche Tricks der Vermittlungsagenturen auf.

Intransparent und teuer: Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat 26 der insgesamt 800 in Österreich tätigen Vermittlungsagenturen getestet - und dabei zahlreiche Mängel aufgedeckt. Die Ergebnisse sind zwar etwas besser als beim ersten Test 2011, dennoch rät VKI-Juristin Ulrike Docekal den Kunden und deren Angehörigen zu größtmöglicher Vorsicht beim Abschluss von Verträgen.

#### Große Preisschwankungen

Bei genauerer Prüfung der Vermittlungs-, Betreuungs- und Organisationsverträgen zeigten sich enorme Preisschwankungen. So wurde für die einmalige Vermittlungsgebühr zwischen 240 und 793 Euro verlangt, die laufenden Kosten beliefen sich jährlich auf Beträge zwischen 249 und 3600 Euro. Für die tägliche Betreuung muss man demnach 39 bis 110 Euro berechnen. Hinzu kamen noch Fahrtkosten der Pflegekräfte, die zwischen 50 und 420 Euro schwankten.

#### Vorsicht bei Inkassoverträgen

Als besonders problematisch bewertet Docekal die sogenannten Inkassoverträge (das Honorar wird direkt) an die Agentur bezahlt): "Die würde ich als Kundin eher nicht abschließen, weil ich damit die Kontrolle aus der Hand gebe. So kann ich mir nicht sicher sein kann, wie viel Geld sich die Agentur einbehält und wie viel Honorar die Betreuerin tatsächlich ausbezahlt bekommt."

Auch verstecken sich in den Verträgen Klauseln, die unverschämt sind. In neun Fällen wurden vom VKI Konkurrenzklauseln aufgedeckt. Darin ist vereinbart, dass die Kunden die Betreuungskraft nicht ohne Vermittlungsagentur beschäftigen dürfen. Bei Zuwiderhandeln ist eine Vertragsstrafe fällig. So war in einem Vertrag etwa eine Konkurrenzklausel enthalten, die bei Verstößen 10.000 Euro fällig machte, so Docekal.

LEBEN | 30.10.2018

### Das schmutzige Geschäft mit der 24-Stunden-Betreuung

In Österreich arbeiten 60.000 Personenbetreuerinnen aus Osteuropa. Viele klagen über Knebelverträge ihrer Agenturen.



